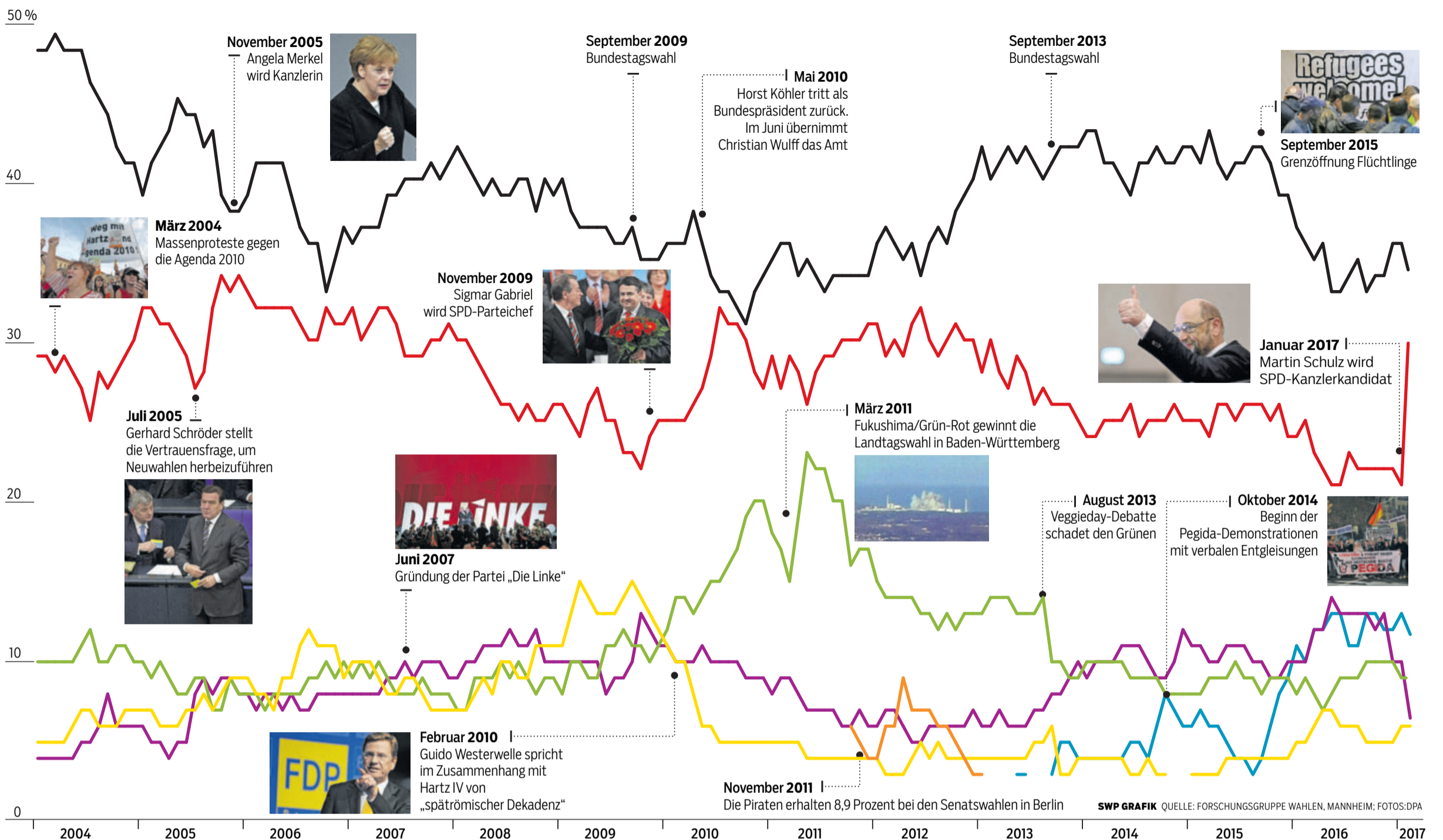


Die Sonntagsfrage von 2004 bis heute

— CDU — SPD — Grüne — Linke/PDS — FDP — Piraten — AfD



Demoskopie in der Krise?

Umfragen Geht eine Wahl nicht so aus wie erwartet, richtet sich der Blick auf die Meinungsforscher. Die hätten es schließlich wissen müssen. Doch ganz so einfach ist es nicht. Erst recht nicht im Wahljahr. *Von Thomas Block*

Sie hatten sich alle getäuscht. Über Wochen sagten selbst die renommiertesten Umfrage-Institute Großbritanniens ein Kopf-an-Kopf-Rennen für die Unterhauswahlen am 7. Mai 2015 voraus: 34 Prozent für die Tories, 34 Prozent für Labour, eine Ablösung des damaligen Premierministers David Cameron schien ebenso wahrscheinlich wie eine weitere Amtszeit.

Und dann dieses Ergebnis: 38 Prozent für die Tories, 31 Prozent für Labour. Sieben Prozentpunkte Unterschied. Ein Ergebnis, so überraschend wie das der Bundestagswahl 2005, als Umfragen einen haushohen Sieg für Angela Merkel voraussagten, die am Wahlabend aber fast gleichauf mit Schröders SPD lag. Die Statistik hatte geirrt und beide Male stand derselbe Vorwurf im Raum: Die Demoskopien haben alle hinters Licht geführt.

Als die Londoner Wahlforscher den Schock verdaut hatten, taten sie etwas sehr britisches: Während das ganze Land über den Niedergang der Demoskopie diskutierte, trafen sie sich in den viktorianischen Räumen der Royal Statistics Society, einer Vereinigung, deren Wurzeln bis ins Jahr 1833 zurückreichen, um ihre Zunft stilvoll infrage zu stellen. Wenn es so etwas wie eine jüngere Krise der Demoskopie gibt, dann hat sie hier ihren ersten Höhepunkt erreicht.

Seither sind anderthalb Jahre vergangen, in denen die Kritik immer lauter wird – als die AfD überraschend stark bei den Landtagswahlen im März 2016 abschneidet; als viele Menschen mit der Gewissheit schlafen gehen, dass Großbritannien in der EU bleiben würde und mit der Nachricht aufwachen, dass doch alles ganz anders gekommen ist; und als Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt wird, obwohl alle Beobachter einen sicheren Sieg Hillary Clintons vorhergesagt haben. Die Welt dreht sich immer schneller und die Demoskopie, so der Vorwurf, kommt nicht hinterher.

Knapp 650 Kilometer von der Royal Statistics Society entfernt sitzt Andrea Wolf an einem aufgeräumten Schreibtisch in einem Gebäude, dessen Wurzeln bestenfalls bis ins Jahr 1955 zurückrei-

chen. Mannheim, Quadrat N7, im Erdgeschoss ein Biosupermarkt, im ersten Stock ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt. Und im zweiten Stock die Forschungsgruppe Wahlen (FGW), eines der führenden Institute, wenn es um das Einfangen der deutschen Befindlichkeit geht. Jeden Monat wird hier das Politbarometer erstellt, jene Umfrage, die dann im ZDF zum Gradmesser der politischen Stimmung im Land genommen wird.

„Vielleicht ist es manchmal schwer, die eigenen Erwartungen beiseite zu schieben und auf die Zahlen zu schauen.“

Andrea Wolf
Forschungsgruppe Wahlen

Wolf sitzt im Vorstand der FGW, bei der sie seit 1991 arbeitet. Ein Vierteljahrhundert Politumfragen, da entsteht eine gewisse Gelassenheit. Man kann also beruhigt fragen: Befindet sich die Demoskopie in einer Krise, Frau Wolf? „Repräsentative Befragungen sind das Beste, was wir haben, doch auch sie unterliegen einem statistischen Fehlerbereich.“ Eine Antwort, so nüchtern wie eine Excel-Tabelle.

Dabei ist Wolf überhaupt kein emotionsloser Typ. Sie lächelt viel, spricht mit einfühlender Stimme. Doch wenn es darum geht, Probleme zu beschreiben, funktioniert die Herz-Kopf-Trennung, dann zieht sie zielsicher ein Datenblatt aus ihrer Ablage oder findet auf ihrem Computer mit drei Klicks zur passenden Statistik. Keine Behauptung ohne Beweis. Diese Sachlichkeit verlangt Wolf auch von jenen, die ihre Ergebnisse interpretieren.

„Vielleicht ist es manchmal schwer, die eigenen Erwartungen beiseite zu schieben und auf die nackten Zahlen zu schauen“, sagt sie. Eigentlich hätten Beobachter sehen müssen, dass die Umfragen kurz vor dem Brexit-Referendum einen knappen Wahlausgang vorausgesagt haben – 52 Prozent für den Verbleib in

der EU, 48 Prozent für den Austritt. Sehr knapp. Doch die meisten wollten nicht an einen Brexit glauben und haben die Zahlen dementsprechend gelesen. Oder beim Thema Martin Schulz. Ja, seine Nominierung habe einen starken Effekt auf die Werte der SPD, Schulz sei ein „Zugpferd“, aber Aussagen darüber hinaus könne man nicht machen.

Dabei zeigt der Fall Schulz, dass es ganz so einfach doch nicht ist. Neun Prozentpunkte ist die SPD innerhalb eines Monats nach oben geschnellt. Neun Prozentpunkte, die zeigen, wie schnell sich das Blatt derzeit wenden kann. Und neun Prozentpunkte, an denen Hoffnungen wie Ängste hängen. Da gelingt das mit der Herz-Kopf-Trennung nicht jedem.

„Menschen orientieren sich an der Meinung der Mehrheit“, sagt der Politikpsychologe Tobias Rothmund von der Universität Koblenz-Landau. Umfragen werden in einer Demokratie so zu einer wichtigen Entscheidungshilfe. Und Demoskopien zu Akteuren im demokratischen Prozess.

Wie Wähler mit dieser Entscheidungshilfe umgehen, entzieht sich jeder Vorhersage. Unentschlossene könnten sich dem vermeintlichen Siegerlager anschließen, sagt Rothmund. Oder sich entspannt zurücklehnen: „Wenn die Partei, der ich meine Stimme geben möchte, in Umfragen weit vorne liegt, könnte das auch dazu führen, dass ich am Wahltag eher zu Hause bleibe.“

„Ein Knall für die Umfrage-Institute“

Weil Umfragen eine so komplexe Rolle zugesprochen wird, stimmen Kritiker bisweilen scharfe Töne an. Am Morgen nach Trumps Triumph ließ sich Ralf Guldenzopf, Leiter der Abteilung „Politische Kommunikation“ der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (Kas), zu folgendem Statement hinreißen: „Das ist nach dem Brexit der zweite deutliche Knall für die Umfrage-Institute. Die gesamte Branche muss sich hinterfragen.“ Punkt.

„Das ist so ein Ritual: Wenn ich mich irre, müssen die Umfragen falsch sein“, sagt Viola Neu. Das ist bemerkenswert, weil die Expertin für Wahlforschung auch für die Kas arbeitet und dort viele

Umfragen betreut hat. Der Vorwurf des Demoskopie-Versagens kratzt so sehr an ihr, dass sie ihrem Kollegen Guldenzopf öffentlich widersprochen hat.

„Wir sind keine Propheten, doch wir werden ständig als solche dargestellt“, sagt Neu. Der Demoskop als Kaffeesatzleser mit Stochastik-Hintergrund. Grauenhaft. „Was wir betreiben ist seriöses Handwerk.“ Und in Deutschland betreiben die meisten dieses Handwerk gewissenhaft. Neus Sorge ist eher, ob das auch so bleiben wird. „Gute Umfragen kosten viel Zeit und Geld.“ Seit sich im Internet Umfragen günstig generieren lassen, tauchten häufiger fragwürdige Daten auf.

Damit liegt Neu auf einer Linie mit den britischen Demoskopien. Nachdem die sich in London getroffen hatten, haben sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, das im Wesentlichen zu zwei Erkenntnissen kam. Erstens: Umfragen seien immer fehlerhaft gewesen, was bislang nicht so viel Aufmerksamkeit erregte, weil sie immerhin den Sieger richtig vorausgesagt haben. Zweitens: Die Institute hätten systematisch gebildete und politisch interessiertere Menschen erreicht – und die seien traditionell eher links.

Um diesen Punkt besser zu verstehen, lohnt ein Blick auf die Arbeit der Demoskopien in Mannheim. Die FGW gibt viel Geld dafür aus, „Zufallsstichproben“ zu generieren. „Jeder soll dieselbe Chance haben, von uns befragt zu werden“, sagt Wolf. Nur so lässt sich ausschließen, dass Faktoren wie Bildung oder Einkommen Einfluss auf das Politbarometer haben: Telefonnummern werden zufällig generiert und dann im FGW-Telefonstudio gewählt. Nimmt jemand ab, sagt der Interviewer: „Guten Abend, ich bin Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wahlen. Wir führen eine Umfrage für das Politbarometer im ZDF durch. Könnte ich dazu mit der Person in Ihrem Haushalt sprechen, die wahlberechtigt ist und zuletzt Geburtstag hatte?“ Durch diese Frage findet innerhalb des Haushalts eine weitere Zufallsauswahl statt. Damit man eine repräsentative Stichprobe bekommt, wird das so lange gemacht, bis man 1800 Interviews zusammenhat.

Ist der Datensatz zusammengestellt, wandert er in die Statistik-Abteilung. Dort wird vor der endgültigen Auswertung gewichtet. Ist zum Beispiel der Männeranteil in der Stichprobe höher als in der Bevölkerung, bekommen die Antworten der Frauen etwas mehr Gewicht. Sind Abiturienten überrepräsentiert, werden Real- und Hauptschüler stärker gezählt. Und weil man weiß, dass manche AfD-Wähler Hemmungen haben, ihre Präferenz einzugestehen, werden sie ebenfalls etwas stärker gewichtet. So werden nach und nach Faktoren eingebaut, bis die Daten mathematisch die deutsche Bevölkerung abbilden.

Den Schweigefaktor unterschätzt

Natürlich ist auch die FGW nicht unfehlbar. Den Erfolg der AfD im März 2016 hat sie nicht kommen sehen. Für Sachsen-Anhalt lagen die Umfragewerte des Institutes und das Wahlergebnis sechs Prozentpunkte auseinander. Man habe den Schweigefaktor unterschätzt, sagt Wolf. „Auch die Teilnahmebereitschaft von AfD-Anhängern ist geringer.“ Wähler extremer Parteien seien Instituten gegenüber immer schon skeptisch gewesen.

Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass die Gesellschaft sich schneller verändert als die Methoden der Demoskopie? Ja und nein, da sind sich Wolf, Rothmund und Neu einig. „Der Anteil derer, die sich längerfristig einer bestimmten Partei verbunden fühlen, ist kleiner geworden“, sagt Wolf. Früher haben die Arbeiter SPD und die Katholiken CDU gewählt. Diese klassischen Milieus gebe es kaum noch. Und mit ihnen habe auch die Parteibindung abgenommen. „Wer heute links wählt, kann morgen schon rechts wählen“, sagt Rothmund.

Andererseits befinde sich das Meinungsbild in Deutschland nach der Polarisierung in der Flüchtlingskrise wieder auf den Weg zur Normalität. „Die Daten sind momentan sehr unspektakulär“, sagt Viola Neu, wenn man sie nach dem Zustand der Nation fragt. Und auch Wolf hält nicht viel von Dramatisierungen: „Man ist erstaunt, wie stabil das Meinungsbild bei Einstellungsfragen häufig ist.“ Wenn das keine gute Nachricht ist.